

No. 28909

**AUSTRIA
and
HUNGARY**

**Agreement concerning frontier clearance in railway traffic
(with annexes). Signed at Vienna on 5 July 1991**

Authentic texts: German and Hungarian.

Registered by Austria on 1 May 1992.

**AUTRICHE
et
HONGRIE**

**Accord relatif au contrôle frontalier du trafic ferroviaire
(avec annexes). Signé à Vienne le 5 juillet 1991**

Textes authentiques : allemand et hongrois.

Enregistré par l'Autriche le 1^{er} mai 1992.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK UNGARN ÜBER DIE GRENZABFERTIGUNG IM EISENBAHNVERKEHR

Die Republik Österreich und die Republik Ungarn sind in der Absicht, das Abkommen vom 9. April 1965 zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über Paß- und Zollabfertigung den veränderten Bedürfnissen anzupassen und die Grenzabfertigung im Eisenbahnverkehr zu erleichtern, wie folgt übereingekommen:

ABSCHNITT I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten:

1. „Grenzabfertigung“ die Vollziehung aller Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten, die aus Anlaß des Grenzübertrittes von Personen sowie der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Gütern anzuwenden sind;
2. „Gebietsstaat“ den Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet die Grenzabfertigung des anderen Vertragsstaates vorgenommen wird;
3. „Nachbarstaat“ den anderen Vertragsstaat;
4. „Zone“ den Bereich des Gebietsstaates, in dem die Bediensteten des Nachbarstaates berechtigt sind, die Grenzabfertigung vorzunehmen;
5. „Bedienstete“ die Personen, die die Grenzabfertigung im Auftrag der zuständigen Behörden durchführen, sowie die mit der Dienstaufsicht betrauten Personen;
6. „Güter“ Waren, Beförderungsmittel sowie Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen.

Artikel 2

(1) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen dieses Abkommens die Grenzabfertigung im Eisenbahnverkehr erleichtern und beschleunigen

(2) Zu diesem Zweck werden auf bestimmten Bahnhöfen des einen Vertragsstaates Grenzabfertigungsstellen des anderen Vertragsstaates errichtet.

(3) Weiters dürfen zu diesem Zweck die Organe des einen Vertragsstaates die Grenzabfertigung im Gebiete des anderen Vertragsstaates auf bestimmten Eisenbahnstrecken in Zügen in beiden Richtungen vornehmen.

(4) Die Regierungen der Vertragsstaaten bestimmen durch Vereinbarung

- a) in welchen Bahnhöfen des Gebietsstaates Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates errichtet werden.
- b) auf welchen Strecken die Bediensteten des Nachbarstaates die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt im Gebietsstaat durchführen dürfen und
- c) die Zonen.

Artikel 3

(1) Die Zone kann in Bahnhöfen umfassen (Artikel 2 Absatz 2):

- a) die für die Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates bestimmten Räumlichkeiten.
- b) die Gleise im gesamten Bahnhofsbereich.
- c) die Lagerräume und
- d) die Räume für die Abfertigung der Reisenden.

(2) Auf Eisenbahnstrecken gelten als Zone die Züge, in denen die Grenzabfertigung des Nachbarstaates im Gebietsstaat vorgenommen wird.

(3) Die für die Grenzabfertigung und den Eisenbahnverkehr zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmen, in welchen Reisezügen die Grenzabfertigung während der Fahrt vorgenommen wird.

ABSCHNITT II

Grenzabfertigung

Artikel 4

(1) In der Zone gelten für die Grenzabfertigung des Nachbarstaates alle Rechtsvorschriften dieses Staates über den Grenzübertritt von Personen und über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Gütern, sie werden von den Bediensteten des Nachbarstaates im

gleichen Umfang und mit denselben Folgen wie im eigenen Staatsgebiet durchgeführt.

(2) Die in der Zone von den Bediensteten des Nachbarstaates durchgeführten Amtshandlungen gelten als in der Gemeinde des Nachbarstaates durchgeführt, in deren Gebiet sich der zugehörige Grenzübergang befindet.

(3) Die in der Zone begangenen Zuwiderhandlungen gegen die im Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften des Nachbarstaates gelten als in der im Absatz 2 genannten Gemeinde begangen.

(4) Im übrigen gilt das Recht des Gebietsstaates.

Artikel 5

(1) Zu den im Artikel 4 Absatz 1 erwähnten Befugnissen gehört auch das Recht der Festnahme und zwangsweisen Zurückstellung. Die Bediensteten des Nachbarstaates sind jedoch nicht befugt, Angehörige des Gebietsstaates auf dessen Gebiet festzunehmen, in Haft zu halten oder in den Nachbarstaat zu verbringen. Sie dürfen aber diese Personen der eigenen vorgeschobenen Grenzabfertigungsstelle oder, wenn eine solche nicht besteht, der Grenzabfertigungsstelle des Gebietsstaates zur schriftlichen Aufnahme des Sachverhaltes zwangsweise vorführen.

(2) Bei Maßnahmen gemäß Absatz 1 ist unverzüglich ein Bediensteter des Gebietsstaates beizuziehen.

(3) Das Asylrecht des Gebietsstaates bleibt unberührt.

Artikel 6

(1) In der Zone ist die Grenzabfertigung des Ausgangsstaates grundsätzlich vor der Grenzabfertigung des Eingangsstaates durchzuführen.

(2) Nach Beginn der Grenzabfertigung des Ausgangsstaates dürfen die Bediensteten des Eingangsstaates die Grenzabfertigung der von den Bediensteten des Ausgangsstaates bereits abgefertigten Personen und Güter durchführen; das gleiche gilt für den Fall des Verzichtes auf die Grenzabfertigung durch die Bediensteten des Ausgangsstaates.

(3) Nach Beginn der Eingangsabfertigung sind die Bediensteten des Ausgangsstaates nicht mehr berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen vorzunehmen. Wenn sich jedoch nach Beginn der Eingangsabfertigung der Verdacht einer gerichtlich

strafbaren Handlung ergibt oder nachträglich bekannt wird, daß sich eine Person, nach der zur Festnahme gefahndet wird, in der Zone befindet, sind die Bediensteten des Ausgangsstaates nach vorheriger Benachrichtigung der Bediensteten des Eingangsstaates berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen zu wiederholen.

Artikel 7

(1) Die Bediensteten der Vertragsstaaten dürfen im gegenseitigen Einvernehmen von der im Artikel 6 Absatz 1 vorgesehenen Reihenfolge abweichen, wenn es im Interesse einer raschen Grenzabfertigung geboten ist. In diesen Fällen dürfen die Bediensteten des Eingangsstaates Festnahmen oder Beschlagnahmen erst nach Beendigung der Grenzabfertigung des Ausgangsstaates vornehmen. Sie führen, wenn sie eine solche Maßnahme treffen wollen, die betreffenden Personen und Güter den Bediensteten des Ausgangsstaates zu, wenn die Grenzabfertigung des Ausgangsstaates hinsichtlich dieser Personen und Güter noch nicht beendet ist. Wollen die Bediensteten des Ausgangsstaates ihrerseits Festnahmen oder Beschlagnahmen vornehmen, so gebührt ihnen der Vorrang.

(2) Die von den Bediensteten des Nachbarstaates bei der Grenzabfertigung im Gebietsstaat eingenommenen oder zum dienstlichen Gebrauch mitgeführten Geldbeträge und die beschlagnahmten oder eingezogenen Güter dürfen in den Nachbarstaat verbracht werden.

Artikel 8

(1) Güter, die bei der Ausgangsabfertigung von den Bediensteten des Nachbarstaates in diesen zurückgewiesen oder vor Beginn der Eingangsabfertigung des Gebietsstaates auf Veranlassung der beteiligten Person in den Nachbarstaat zurückgeführt werden, unterliegen weder den Ausfuhrvorschriften noch der Ausgangsabfertigung des Gebietsstaates.

(2) Personen, die von Bediensteten des Eingangsstaates zurückgewiesen werden, darf die Rückkehr in den Ausgangsstaat nicht verweigert werden. Desgleichen darf die Wiedereinfuhr von Gütern in den Ausgangsstaat, deren Einfuhr von den Bediensteten des Eingangsstaates abgelehnt wird, nicht verweigert werden.

(3) Anlässlich der Durchführung der im Absatz 2 genannten Maßnahmen werden die Bediensteten der Vertragsstaaten einander informieren und unterstützen.

ABSCHNITT III

Bedienstete

Artikel 9

(1) Die Behörden des Gebietsstaates gewahren den Bediensteten des Nachbarstaates bei der Ausübung ihres Dienstes in der Zone den gleichen Schutz und Beistand wie den eigenen Bediensteten. Die strafrechtlichen Bestimmungen des Gebietsstaates zum Schutz von Beamten und Amtshandlungen sind auch auf strafbare Handlungen anzuwenden, die im Gebietsstaat gegen Bedienstete des Nachbarstaates während der Ausübung ihres Dienstes oder in Beziehung auf diesen Dienst begangen werden.

(2) Amtshaftungsansprüche für Schaden, die Bedienstete des Nachbarstaates in der Zone verursachen, unterliegen dem Recht und der Gerichtsbarkeit des Nachbarstaates, als ob die schädigende Handlung im Nachbarstaat stattgefunden hätte. Bei der Geltendmachung solcher Ansprüche sind Staatsbürger des Gebietsstaates Staatsbürgern des Nachbarstaates gleichgestellt.

Artikel 10

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates müssen im Besitz eines zweisprachigen Grenzübergangsausweises nach dem Muster der Anlage A beziehungsweise B sein. Diese Ausweise werden in der Republik Österreich von der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Burgenland, in der Republik Ungarn von der Polizeidirektion Budapest ausgestellt. Die Ausweise können mit einer Gültigkeitsdauer bis zu fünf Jahren ausgestellt und für denselben Zeitraum verlängert werden.

(2) Der Grenzübergangsausweis ist nach Abberufung seines Inhabers von der ausstellenden Behörde unverzüglich einzuziehen.

(3) Über die Ausstellung von Grenzübergangsausweisen sowie deren Einziehung ist von der ausstellenden Behörde unverzüglich der gemäß Absatz 1 berufenen Behörde des Nachbarstaates Mitteilung zu machen.

(4) Der Inhaber eines Grenzübergangsausweises ist berechtigt, zur Ausübung seines Dienstes im Gebietsstaat die Staatsgrenze an allen gemeinsamen für den öffentlichen Verkehr zugelassenen Grenzübergängen zu überschreiten, um sich an seinen Dienstort zu begeben. Er darf sich in der Zone, im öffentlich zugänglichen Bereich der Bahnhöfe (Artikel 2 Absatz 2) und in den Orten, in denen diese Bahnhöfe liegen, ungehindert aufhalten.

(5) Allfällige persönliche Einreiseverbote gegen Bedienstete des Nachbarstaates bleiben von dieser

Regeilung unberührt. In einem solchen Fall ist der ausstellenden Behörde des Nachbarstaates (Absatz 1) hiervon unverzüglich Mitteilung zu machen.

Artikel 11

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates dürfen in Ausübung ihres Dienstes im Gebietsstaat sowie auf dem Weg zur Zone und zurück ihre Dienstkleidung, Dienstabzeichen und Dienstwaffen tragen und die erforderliche Dienstausrüstung mitführen. Von der Waffe dürfen sie im Gebietsstaat nur im Falle der Notwehr Gebrauch machen.

(2) Von gerichtlich strafbaren Handlungen, die von einem Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat begangen werden, ist die Dienstbehörde des Bediensteten durch die zuständige Behörde des Gebietsstaates zu benachrichtigen.

Artikel 12

Die Bediensteten des Nachbarstaates sind im Gebietsstaat von allen öffentlich-rechtlichen persönlichen Dienstleistungen und Sachleistungen befreit.

Artikel 13

(1) Wird ein Bediensteter des Nachbarstaates im Gebietsstaat in Ausübung seines Dienstes oder in Beziehung auf diesen Dienst getötet oder verletzt oder eine Sache, die er an sich trägt oder mit sich führt, beschädigt oder vernichtet, so ist auf Schadenersatzansprüche das Recht des Nachbarstaates anzuwenden.

(2) Zur Entscheidung über die aus dem Schadensfall abgeleiteten Ansprüche ist auch das Gericht eines der Vertragsstaaten sachlich zuständig, in dessen Sprengel der Anspruchsberechtigte seinen allgemeinen Gerichtsstand hat.

(3) Entscheidungen und Vergleiche, die über Schadenersatzansprüche nach Absatz 1 von einem Gericht eines der Vertragsstaaten gefällt oder vor einem solchen Gericht geschlossen worden sind, werden im anderen Vertragsstaat nach den Bestimmungen des Artikels 10 Absatz 1 lit. b und c sowie des Artikels 12 und des Artikels 14 des Vertrages vom 9. April 1965 zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über Nachlaßangelegenheiten vollstreckt; die Vollstreckung ist jedoch aus den Gründen des Artikels 10 Absatz 2 des vorgenannten Vertrages sowie auch dann zu versagen, wenn die Entscheidung einer früher zwischen denselben Parteien über denselben Anspruch ergangenen rechtskräftigen Entscheidung widerspricht, die von einem Gericht des Vertragsstaates gefällt worden ist, in dem die Vollstreckung beantragt wird.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 3 sind auf die Geltendmachung von Ansprüchen für Schaden, die ein Bediensteter des Nachbarstaates während seines dienstlichen Aufenthaltes im Gebietsstaat, jedoch nicht in Ausübung seines Dienstes zugefügt hat, sinngemäß anzuwenden.

ABSCHNITT IV

Grenzabfertigungsstellen

Artikel 14

(1) Die Eisenbahnen haben den Bediensteten, die die Grenzabfertigung während der Fahrt durchzuführen haben, die erforderlichen Zugsabteile unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

(2) Vergütungen für die Benutzung der für die Dienststellen des Nachbarstaates im Gebietsstaat benötigten Anlagen werden privatrechtlich vereinbart.

Artikel 15

(1) Die für die Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates bestimmten Räume sind durch Amtsschilder oder Hoheitszeichen kenntlich zu machen.

(2) Die Aufschriften an den Diensträumen der Bediensteten des Nachbarstaates sind in deutscher und in ungarischer Sprache anzubringen.

Artikel 16

(1) Gegenstände, die zum dienstlichen Gebrauch der Grenzabfertigungsstellen oder für den persönlichen Bedarf der Bediensteten des Nachbarstaates während des Dienstes im Gebietsstaat bestimmt sind, bleiben frei von Zöllen und sonstigen Ein- und Ausgangsabgaben. Wirtschaftliche Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sind auf diese Gegenstände nicht anzuwenden. Das gleiche gilt für Dienstfahrzeuge oder eigene Fahrzeuge, deren sich die Bediensteten zur Ausübung ihres Dienstes bedienen.

(2) Die von den Bediensteten des Nachbarstaates bei Ausübung ihres Dienstes im Gebietsstaat verwendeten Schriftstücke, Unterlagen und Datenträger sowie die Dienstsendungen und die erforderliche Dienstausrüstung unterliegen keiner Durchsuchung und Beschlagnahme durch Bedienstete des Gebietsstaates.

Artikel 17

Dienstsendungen, die von den Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates an Dienststellen im Nachbarstaat oder umgekehrt gesandt werden, können durch die Bediensteten dieses Staates ohne Einschaltung der Postverwaltung oder der Eisenbahn des Gebietsstaates und frei von Gebühren befördert werden. Die Dienstsendungen sind mit dem Dienststempel der absendenden Dienststelle zu versehen.

Artikel 18

(1) Der Gebietsstaat wird die Einrichtung von Fernmeldeanlagen, die für die Tätigkeit der Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates im Gebietsstaat erforderlich sind, sowie den Anschluß dieser Einrichtungen an die entsprechenden Anlagen des Nachbarstaates gebührenfrei bewilligen. Hinsichtlich der Vergütungen für die Einrichtung und die Benutzung der Anlagen gelten die zwischen den Eisenbahnen getroffenen Regelungen. Diese unmittelbaren Verbindungen zwischen den Dienststellen des Nachbarstaates dürfen nur für dienstliche Zwecke benutzt werden. Solche Nachrichtenübermittlungen gelten als interner Verkehr des Nachbarstaates.

(2) Im übrigen gelten die Vorschriften der Vertragsstaaten über Errichtung, Instandhaltung und Betrieb von Fernmeldeanlagen auf ihren jeweiligen Gebieten.

ABSCHNITT V

Durchgangsverkehr

Artikel 19

Das Abkommen vom 13. September 1980 zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über den Eisenbahndurchgangsverkehr durch das Gebiet der Stadt Sopron und Umgebung wird durch dieses Abkommen nicht berührt.

ABSCHNITT VI

Schlußbestimmungen

Artikel 20

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden. Die Beilegung von Streitigkeiten auf diplomatischem Wege wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Artikel 21

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 9. April 1965 zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über Paß- und Zollabfertigung samt Schlußprotokoll und Anlagen außer Kraft.

Artikel 22

Im Interesse der nationalen Sicherheit oder wegen anderer zwingender öffentlicher Interessen kann die Regierung jedes Vertragsstaates die Anwendung des Abkommens oder einzelner Bestimmungen vorübergehend mit oder ohne örtliche Beschränkung aussetzen. Die Regierung des anderen Vertragsstaates ist hievon unverzüglich zu benachrichtigen.

Artikel 23

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Budapest ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt werden; es tritt 90 Tage nach seiner Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN ZU WIEN, am 5. Juli 1991, in zwei Urschriften in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. ERICH KUSSBACH

Für die Republik Ungarn:

Dr. HUNKÁR DÉNES

[HUNGARIAN TEXT — TEXTE HONGROIS]

EGYEZMÉNY AZ OSZTRÁK KÖZTÁRSASÁG ÉS A MAGYAR KÖZTÁRSASÁG KÖZÖTTIVASÚTI HATÁRFORGALOM ELLENŐRZÉSÉRŐL

Az Osztrák Köztársaság és a Magyar Köztársaság azzal a szándékkal, hogy a két ország között 1965. április 9-én megkötött útlevel- és vámkezeléséről szóló egyezményt a megváltozott igényekhez igazítsa és a vasúti határforgalom ellenőrzését megkönnyítse az alábbiakban állapodtak meg:

I. RÉSZ

Általános rendelkezések

1. cikk

Ezen egyezmény értelmében:

1. „Határforgalom ellenőrzés” kifejezésen a Szerződő Államok valamennyi olyan jogi előírásainak végrehajtását kell érteni, amelyeket a személyek határátléptetésére, valamint javak behozatalára, kivitelére és átvitelére alkalmaznak.
2. „Területi állam” kifejezésen azt a Szerződő Államot kell érteni, amelynek területén a másik Szerződő Állam szervei a határforgalom ellenőrzését végzik.
3. „Szomszéd állam” kifejezésen a másik Szerződő Államot kell érteni.
4. „Működési terület” kifejezésen a területi államnak azt a részét kell érteni, ahol a szomszéd állam szolgálati személyei a határforgalom ellenőrzésére jogosultak.
5. „Szolgálati személyek” kifejezésen azokat kell érteni, akik az illetékes hatóságok megbízásából végzik a határforgalom ellenőrzését, továbbá a szolgálati felügyelettel megbízott személyeket.
6. „Javak” alatt kell érteni az árukat, szállítóeszközöket, valamint olyan értékeket, amelyek a devizarendelkezések hatálya alá tartoznak.

2. cikk

(1) A Szerződő Államok ezen egyezmény alapján megkönnyítik és meggyorsítják a vasúti határforgalom ellenőrzését

(2) Ebből a célból az egyik Szerződő Állam meghatározott pályaudvarain a másik Szerződő Állam határforgalom ellenőrző pontokat létesít.

(3) Ebből a célból továbbá az egyik Szerződő Állam szervei a másik Szerződő Állam területén meghatározott vasútszakaszokon mindkét irányban közlekedő vonatokon határforgalom ellenőrzést végezhetnek.

(4) A Szerződő Államok kormányai megállapodás útján meghatározzák:

- a) hogy a területi állam mely pályaudvarain létesítsen a szomszéd állam határforgalom ellenőrző pontokat;
- b) hogy a szomszéd állam szolgálati személyei mely vonalszakaszokon végezhetnek határforgalom ellenőrzést a területi államban haladó közlekedési eszközökön menetközben;
- c) a működési területeket.

3. cikk

(1) A működési terület a pályaudvarokon (2. cikk (2) bek.) kiterjed:

- a) a szomszéd állam által a határforgalom ellenőrzésére létesített meghatározott szolgálati helyiségeire;
- b) a vágányokra a pályaudvar egész területén;
- c) a raktárhelyiségekre és
- d) az utaskezelésre szolgáló helyiségekre.

(2) A vasútszakaszokon működési területnek tekintendők az olyan vonatok, amelyekben a szomszéd állam a határforgalom ellenőrzését végzi.

(3) A Szerződő Államok határforgalom ellenőrző hatóságai a vasúti szervekkel egyetértésben határozzák meg, hogy mely személyszállító vonatokon végezhető menetközben határforgalom ellenőrzés.

II. RÉSZ

Határforgalom ellenőrzés

4. cikk

(1) A működési területen a szomszéd állam határforgalom ellenőrzése során ezen állam valamennyi, a személyek határátléptetésére, valamint a javak behozatalára, kivitelére és átvitelére vonatkozó jogszabálya érvényes; ezeket a szomszéd állam szolgálati személyei azonos terjedelemben és

ugyanazon következményekkel hajtják végre, mint a saját államuk területén.

(2) A szomszéd állam szolgálati személyei által a működési területen végrehajtott hatósági eljárásokat úgy kell tekinteni, mintha azokat a szomszéd állam azon helységében hajtották volna végre, amelynek területén a hozzá tartozó határátkelőhely található.

(3) Ha az (1) bekezdésben említett, a szomszéd állam jogszabályaiba ütköző cselekményt a működési területen követik el, akkor azt úgy kell tekinteni, mintha azt a (2) bekezdésben említett helységben követték volna el.

(4) Egyebekben a területi állam joga érvényes.

5. cikk

(1) A 4. (1) bekezdésben említett jogosultságok körébe tartozik az őrizetbevétel és a kényszerrel történő visszautasítás joga is. A szomszéd állam szolgálati személyei azonban nem jogosultak a területi államon belül annak állampolgárait őrizetbe venni, fogvatartani, vagy a szomszéd államba vinni. Jogukban áll azonban ezeket a személyeket a saját kihelyezett határforgalom ellenőrző pontjára, vagy ha ilyen nincs, akkor a területi állam határforgalom ellenőrző pontjára a tényállás írásos felvétele céljából kényszer útján előállítani.

(2) Az (1) bekezdés szerinti intézkedések esetében haladéktalanul be kell vonni a területi állam szolgálati személyét.

(3) A területi állam menedékjoga érintetlen marad.

6. cikk

(1) A működési területen a kiléptető állam határforgalom ellenőrzése alapvetően megelőzi a beléptető állam határforgalom ellenőrzését.

(2) A kiléptető állam határforgalom ellenőrzésének megkezdését követően szabad a beléptető állam szolgálati személyeinek a kiléptető állam szolgálati személyei által már ellenőrzött személyek és javak ellenőrzését elvégezni; ugyanez vonatkozik arra az esetre is, ha a kiléptető állam szolgálati személyei eltekintenek a határforgalom ellenőrzésétől.

(3) A beléptető ellenőrzés megkezdését követően a kiléptető állam szolgálati személyei már nem jogosultak a határforgalom ellenőrzési cselekmények végzésére. Ha azonban a beléptető ellenőrzés megkezdését követően bíróság által büntetendő

cselekmény gyanúja merül fel, vagy utólag ismertté válik, hogy a működési területen olyan személy található, akinek őrizetbe vételére közzétét adtak ki, a kiléptető állam szolgálati személyei a beléptető állam szolgálati személyeinek előzetes tájékoztatása után jogosultak a határforgalom ellenőrzési cselekmények megismétlésére.

7. cikk

(1) A Szerződő Államok szolgálati személyei kölcsönös egyetértéssel eltérhetnek a 6. cikk (1) bekezdésében előírt sorrendtől, amennyiben ez a gyors határforgalom ellenőrzés érdekében szükséges. Az ilyen esetekben a beléptető állam szolgálati személyei őrizetbevételt, vagy elkobzást csak a kiléptető állam határforgalom ellenőrzésének befejezése után végezhetnek. Ha ilyen intézkedéseket kívánnak tenni, akkor az érintett személyeket és javakat átadják a kiléptető állam szolgálati személyeinek, amennyiben a kiléptető állam a határforgalom ellenőrzést ezen személyek és javak vonatkozásában még nem fejezte be. Ha a kiléptető állam szolgálati személyei maguk kívánnak őrizetbevételt, vagy elkobzást végrehajtani, úgy őket illeti meg az elsőbbség.

(2) A szomszéd állam szolgálati személyei által a területi államban végzett határforgalom ellenőrzés során beszédett, vagy szolgálati célból magukkal vitt pénzüsszegek és a lefoglalt vagy elkobzott javak átvihetők a szomszéd államba.

8. cikk

(1) Azok a javak, amelyeket a szomszéd állam szolgálati személyei a kiléptető ellenőrzés során a szomszéd államba visszairányítottak, vagy amelyeket a területi állam beléptető ellenőrzésének megkezdése előtt az érdekelt személyek kérelmére a szomszéd állam területére visszavisznek, nem tartoznak sem a területi állam kivételi jogszabályainak hatálya alá, sem pedig ezen állam kiléptető ellenőrzési eljárása alá.

(2) A beléptető állam szolgálati személyei által visszautasított személyeknek a kiléptető államba való visszatérését nem lehet megtagadni. Hasonlóképpen nem lehet megtagadni azoknak az aruknak a kiléptető államba való visszaszállítását sem, amelyeknek behozatalát a beléptető állam szolgálati személyei nem engedélyezték.

(3) A (2) bekezdésben említett intézkedések végrehajtása során a Szerződő Államok szolgálati személyei tájékoztatják és támogatják egymást.

III. RÉSZ

Szolgálati személyek

9. cikk

(1) A területi állam hatóságai a szomszéd állam szolgálati személyei számára a működési területen a szolgálatuk ellátása során ugyanolyan védelmet és segítséget nyújtanak, mint saját szolgálati személyeiknek. A területi államnak a hivatalos személyek és a hivatali cselekmények védelmére vonatkozó büntetőjogi rendelkezéseit kell azokra a büntetendő cselekményekre is alkalmazni, amelyeket a területi államban a szomszéd állam szolgálati személyei ellen szolgálatuk gyakorlása során, vagy ezen szolgálattal összefüggésben követnek el.

(2) A szomszéd állam szolgálati személyei által a működési területen okozott olyan károk megtérítésére irányuló igény, amelyekért az állam felel, a szomszéd állam joghatósága alá tartozik, ugyanúgy, mintha a károkozó cselekmény a szomszéd államban következett volna be. A területi állam polgárai az ilyen igények érvényesítése során ugyanolyan elbírálásban részesülnek, mint a szomszéd állam polgárai.

10. cikk

(1) A szomszéd állam szolgálati személyeinek az A, illetve a B melléklet mintájának megfelelően kiállított kétnyelvű határátlépési igazolvánnyal kell rendelkezniük. Ezeket az igazolványokat az Osztrák Köztársaságban a Burgenlandi Tartományi Biztonsági Igazgatóság, a Magyar Köztársaságban pedig a Budapesti Rendőrfőkapitányság állítja ki. Az igazolványokat 5 éves érvényességi idővel lehet kiállítani és ugyanennyi idővel lehet meghosszabbítani.

(2) A határátlépési igazolványt a tulajdonos visszahívását követően a kiállító hatóság haladéktalanul bevonja.

(3) A határátlépési igazolvány kiállításáról, valamint annak bevonásáról a kiállító hatóságnak haladéktalanul értesítenie kell a szomszéd állam (1) bekezdésben megjelölt hatóságát.

(4) A határátlépési igazolvány tulajdonosa jogosult a területi államban szolgálata ellátásához a szolgálati hely megközelítése érdekében minden, a nyilvános közlekedés számára megnyitott határátkelőhely átlépésére. A működési területen, valamint a pályaudvaroknak (2. cikk (2) bek.) a közönség számára nyitva álló területén és azokban a helységeken, ahol ezek a pályaudvarok vannak, akadálytalanul tartózkodhatnak.

(5) A szomszéd állam szolgálati személyeivel szembeni esetleges személyes beutazási tilalmakat

ez a szabályozás nem érinti. Ilyen esetben a szomszéd állam kiállító hatóságát (1) bek./ erről haladéktalanul értesíteni kell.

11. cikk

(1) A Szomszéd Állam szolgálati személyei a területi államban szolgálatuk ellátásához, a működési területre és vissza történő utazáshoz viselhetik a szolgálati egyenruhájukat, a szolgálati jelvényüket, a szolgálati fegyverüket és magukkal vihetnek a szükséges szolgálati felszerelésüket. A területi államban fegyvert csak jogos védelemből használhatnak.

(2) Azokról a bűncselekményekről, amelyeket a szomszéd állam szolgálati személye a területi államban követett el, a területi állam illetékes hatósága köteles a szolgálati személy szolgálati hatóságát értesíteni.

12. cikk

A szomszéd állam szolgálati személye mentes a területi államban mindenféle közjogi, személyi és dologi kotelezés alól.

13. cikk

(1) Ha a szomszéd állam szolgálati személye a területi államban szolgálatának teljesítése közben, vagy e szolgálattal kapcsolatban életét veszti, megsebesül, a rajta, illetőleg a nála lévő dolog megsérül, avagy megsemmisül, akkor a kártérítési igényre a szomszéd államban érvényes jogot kell alkalmazni.

(2) A káresetből eredő igényeket az egyik Szerződő Állam ama bírósága előtt is lehet érvényesíteni, amelynek területén a kártérítésre jogosult általános illetékességi ok alapján perelhet.

(3) Azokat a határozatokat és egyezségeket, amelyeket az (1) bekezdésben említett kártérítési igény tárgyában az egyik Szerződő Állam bírósága hozott, illetőleg ilyen bíróság előtt kötöttek, a másik Szerződő Államban — az Osztrák Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között 1965. április 9. napján a hagyatéki ügyekről kötött Egyezmény 10. cikke (1) bekezdés d/ és c/ pontjának, továbbá 12. és 14. cikkének rendelkezései szerint — végrehajtik. A végrehajtást azonban az említett Egyezmény 10. cikkének (2) bekezdésében felsorolt okokból és abban az esetben is meg kell tagadni, ha a határozat ellentétes ugyanazon felek között, ugyanazon igény tárgyában ama Szerződő Állam bírósága által hozott jogerős határozattal, amely állam területén a végrehajtást kéri.

(4) Az (1)–(3) bekezdés rendelkezéseit értelemszerűen alkalmazni kell azoknak a károknak a megtérítésére irányuló igények érvényesítésére, amelyeket a szomszéd állam szolgálati személye a területi államban szolgálati tartozkodásának ideje alatt, de nem szolgálatának teljesítése közben okozott.

IV. RÉSZ

Határforgalom ellenőrző pontok

14. cikk

(1) A vasutak kötelesek a menet közben határforgalom ellenőrzést végző szervek részére a szükséges kocsiszakaszokat díjmentesen rendelkezésre bocsátani.

(2) A területi államban a szomszéd állam hatóságai részére szükséges létesítmények használatáért járó térítésben magánjogi szerződésben állapodnak meg.

15. cikk

(1) A szomszéd állam határforgalom ellenőrző szervei részére szolgáló helyiségeket hivatalos táblákkal és állami címerrel kell megjelölni.

(2) A szomszéd állam szolgálati személyeinek szolgálati helyiségeire magyar és német nyelven kell a feliratokat elhelyezni.

16. cikk

(1) Azok a tárgyak, amelyek a határforgalom ellenőrző szervek hivatalos használatára vagy a területi államban végzett szolgálat ideje alatt a szomszéd állam szolgálati személyei személyes szükségletére szolgálnak, mentesek a vámok és egyéb behozatali, illetve kiviteli illetékek alól. Ezek a tárgyak nem esnek gazdasági behozatali és kiviteli tilalmak, valamint behozatali, illetve kiviteli korlátozások alá. Ugyanez vonatkozik a szolgálati vagy saját tulajdonban lévő gépjárművekre, amelyeket a szolgálati személyek szolgálatuk ellátására használnak.

(2) A szomszéd állam szolgálati személyeinél lévő és szolgálat ellátásához szükséges iratok, okmányok, adathordozók, valamint a szolgálati küldemények és a szükséges szolgálati felszerelések a területi államban mentesek a vizsgálat és a lefoglalás alól.

17. cikk

Azokat a szolgálati küldeményeket, amelyeket a szomszéd állam határforgalom ellenőrző szervei a

szomszéd államban lévő szervei számára küldenek — vagy fordítva — ezen államnak a szolgálati személyei a területi állam postája vagy vasútja bevonása nélkül illetékmentesen továbbíthatják. A szolgálati küldeményeket a küldő szerv szolgálati pecsétjével kell ellátni.

18. cikk

(1) A területi állam illetékmentesen engedélyezik a szomszéd állam határforgalom ellenőrző szerveinek a területi államban folytatott tevékenységük ellátásához szükséges távközlési berendezések létesítését, továbbá az ilyen berendezésnek a szomszéd állam megfelelő létesítményeihez való csatlakozását. A berendezések létesítésére és használatára vonatkozó díjak tekintetében a vasutak közötti szabályozások az irányadók. Ezeket a szomszéd állam hivatali szervei között közvetlen összeköttetéseket csak szolgálati célra szabad használni. Az ilyen hírközlési kapcsolatokat a szomszéd állam belső forgalmához tartozónak kell tekinteni.

(2) Egyebekben a Szerződő Államok azon jogszabályai érvényesek, amelyek a területükön a távközlési berendezések létesítésére, fenntartására és üzemeltetésére vonatkoznak.

V. RÉSZ

Átmenő forgalom

19. cikk

Jelen Egyezmény nem érinti az Osztrák Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között a Sopron városon és környékén átmenő vasúti forgalomról 1980. szeptember 13-án Budapesten aláírt Egyezményt.

VI. RÉSZ

Zárórendelkezések

20. cikk

Ezen Egyezmény alkalmazása tekintetében felmerülő véleménykülönbségeket a Szerződő Államok illetékes hatóságai rendezik. Ez nem zárja ki a viták diplomáciai úton történő rendezését.

21. cikk

Ezen Egyezmény hatálybalépésével az Osztrák Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között az

ütlel- és vámkezelésről szóló 1965. április 9-én megkötött Egyezmény a Záróegyzökönyvvel és a mellékletekkel együtt hatályát veszti.

22. cikk

Nemzetbiztonsági érdekből vagy más kényszerítő közérdekből bármelyik Szerződő Állam kormánya átmenetileg, helyi korlátozás mellett vagy anélkül felfüggeszheti az Egyezménynek vagy egyes rendelkezéseinek az alkalmazását. A másik Szerződő Állam Kormányát erről haladéktalanul értesíteni kell.

23. cikk

(1) Ezt az Egyezményt meg kell erősíteni. A megerősítő okmányokat, amint lehetséges Budapesten kell kicserélni.

(2) Ezen Egyezmény a megerősítő okiratok kicserélésének hónapját követő harmadik hónap első napján lép hatályba.

(3) Ezen Egyezmény írásban, diplomáciai úton bármikor felmondható, az Egyezmény a felmondástól számított 90 nap múlva veszti hatályát.

KÉSZÜLT BÉCSBEN 1991. július 5-én két eredeti példányban, német és magyar nyelven, mindkét szöveg egyaránt hiteles.

Az Osztrák Köztársaság nevében:

Dr. ERICH KUSSBACH

A Magyar Köztársaság nevében:

Dr. HUNKÁR DÉNES

Seite 5 5. oldal	Seite 6 6. oldal	Seite 1 1. oldal
<p>Dieser Grenzübertrittsausweis ist gültig bis</p> <p>E határátlépési igazolvány érvényes-ig</p> <p>Ausstellungsbehörde</p> <p>Kiállító hatóság</p> <p>Ort und Datum</p> <p>Kelt</p> <p>L. S. P. H.</p> <p style="text-align: right;">Unterschrift aláírás</p>	<p>Raum für amtliche Vermerke Hivatalos bejegyzések helye</p>	<p>REPUBLIK ÖSTERREICH OSZTRAK KOZTARSASAG</p> <p style="text-align: center;">Staatswappen Államemlék</p> <p style="text-align: center;">GRENZÜBERTITTS AUSWEIS HATÁRÁTLÉPÉSI IGAZOLVÁNY</p> <p>gemäß Artikel 10 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn über die Grenzabfertigung im Eisenbahnverkehr vom 5. Juli 1991 az Osztrák Köztársaság és a Magyar Köztársaság között a vasúti határforgalom ellenőrzéséről 1991. július 5-én kötött Egyezmény 10. cikke alapján</p> <p style="text-align: right;">Nr. Szám:</p>
<p>Format: Dreiteilig gefaltet, 6 Seiten 8 x 12 cm Materiál: Karton Farbe: grau</p>		<p>Anlage A A Melléklet</p> <p>Abkja: háromrészt hajtott, 6 oldal, 8 x 12 cm Anyaga: karton Színe: szürke</p>

Seite 1 1. oldal		
Seite 2 2. oldal	Raum für Lichtbild fénykép helye	I. S P. H
Seite 3 3. oldal	<p>..... Familienname/Gesetzl. név</p> <p>..... Varnamk/utónev</p> <p>..... Datum und Ort der Geburt/ születési hely és idő</p>	<p>..... Unterschrift des Inhabers Tulajdonos aláírása</p>
Seite 4 4. oldal	<p>Der Inhaber dieses Ausweises ist berechtigt, zur Ausübung seines Dienstes im Gebietsstaat die österreich-ungarische Staatsgrenze an allen gemeinsamen für den öffentlichen Verkehr zugelassenen Grenzübergängen zu überschreiten. Er darf sich an seinem Dienstort oder von dort zurück begeben und sich in der Zone, im öffentlich zugänglichen Bereich der Bahnhöfe und in den Orten, in denen diese Bahnhöfe liegen, ungeländert aufhalten.</p> <p>A határozatlepes igazolvány tulajdonosa jogosult a terület államán szolgálatra ellátásához a szolgálati hely megközelítése érdekében minden, a nyitános közlekedés számára megnyitott határátelérőhely átépésére. A munkési területen, valamint a pályaudvaroknak a közonség számára nyitva álló területein, illetve azokban a helyiségekben akadálytalanul tartózkodhat, ahol ezen pályaudvarok találhatóak.</p>	

Das Lichtbild kann mit einer Folie überzogen werden.
 A fénykép fóliával borítható

5. oldal Seite 5	6. oldal Seite 6	1. oldal Seite 1
5. hatátlepési igazolvány érvényes-ig Dieser Grenzübertrittsausweis ist gültig bis Kiállító hatóság Ausstellungsbehörde Kelt Ort und Datum P. H I. S. aláírás Unterschrift	Hivatalos bejegyzések helye Raum für amtliche Vermerke	MAGYAR KÖZTARSASÁG REPUBLIK UNGARN Államjelvény Staatswappen HATÁRÁTLÉPÉSI IGAZOLVÁNY GRENZÜBÉRTITTSÁUSWEIS a Magyar Köztársaság és az Osztrák Köztársaság között a vasúti határforgalom ellenőrzéséről 1991. július 5-én kötött Egyezmény 10. cikké alapján gemäß Artikel 10 des Abkommens zwischen der Republik Ungarn und der Republik Österreich über die Grenzab- fertigung im Eisenbahnverkehr vom 5. Juli 1991
Az érvényességi időtartam meghosszabbítva-ig Die Gültigkeitsdauer wird verlängert bis Kiállító hatóság Ausstellungsbehörde Kelt Ort und Datum P. H I. S. aláírás Unterschrift		Szám: Nr.

Anlage B
B Melléklet

Format: Dreiteilig gefaltet, 6 Seiten 8 x 12 cm
 Material: Karton
 Farbe: Grau

Alakja: háromrét hajtott, 6 oldal 8 x 12 cm
 Anyaga: karton
 Színe: szürke

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
REPUBLIC OF HUNGARY CONCERNING FRONTIER CLEAR-
ANCE IN RAILWAY TRAFFIC

The Republic of Austria and the Republic of Hungary, desiring to adapt to the changed requirements the Agreement of 9 April 1965 between the Republic of Austria and the Hungarian People's Republic concerning passport and customs control² and to facilitate frontier clearance in railway traffic, have agreed as follows:

SECTION I. GENERAL PROVISIONS

Article 1

For purposes of this Agreement:

1. "Frontier clearance" means the fulfilment of all legal provisions of the Contracting States applicable in connection with the crossing of the frontier by persons and the import, export and transit of goods;
2. "Territorial State" means the Contracting State in whose territory frontier clearance operations of the other Contracting State are performed;
3. "Adjoining State" means the other Contracting State;
4. "Zone" means that area of the territorial State in which the officials of the adjoining State are authorized to perform frontier clearance operations;
5. "Officials" means persons performing frontier clearance by order of the competent authorities and also the persons entrusted with supervisory functions;
6. "Goods" means merchandise, means of transport and other objects of value that are subject to the currency regulations.

Article 2

- (1) The Contracting States shall, pursuant to this Agreement, facilitate and expedite frontier clearance in railway traffic.
- (2) For that purpose, each Contracting State shall establish frontier clearance offices at specified railway stations in the other Contracting State.
- (3) In addition, the authorities of each Contracting State may, for that purpose, perform frontier clearance operations on trains travelling in either direction on specified sections of railways in the territory of the other Contracting State.
- (4) The Governments of the Contracting States shall determine by agreement
 - (a) At which stations of the territorial State frontier clearance offices of the adjoining State shall be established;

¹ Came into force on 1 May 1992, i.e., the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Budapest on 12 February 1992, in accordance with article 28 (2).

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 638, p. 53.

- (b) On which sections the officials of the adjoining State may conduct frontier clearance operations on trains in motion in the territorial State; and
- (c) The zones.

Article 3

- (1) At railway stations the zone may include (article 2, paragraph (2)):
 - (a) The premises intended for use by the frontier clearance offices of the adjoining State;
 - (b) The tracks situated within the entire area of the station;
 - (c) The storage premises; and
 - (d) The premises used for purposes of passenger clearance.
- (2) On sections of railway, the zone shall be deemed to include trains on which frontier clearance operations of the adjoining State are performed in the territorial State.
- (3) The authorities of the Contracting States responsible for frontier clearance and rail traffic shall determine in which passenger trains frontier clearance may be conducted while the train is in motion.

SECTION II. FRONTIER CLEARANCE

Article 4

- (1) All regulations of the adjoining State relating to the crossing of the frontier by persons and to the import, export and transit of goods shall apply in the zone in respect of frontier clearance operations of that State; they shall be enforced by the officials of the adjoining State to the same extent and with the same effects as in the territory of that State.
- (2) Official operations effected in the zone by officials of the adjoining State shall be regarded as being effected in that district of the adjoining State in which the relevant frontier crossing is situated.
- (3) Offences committed within the zone against the regulations of the adjoining State referred to in paragraph (1) shall be regarded as having been committed in the district referred to in paragraph (2).
- (4) The law of the territorial State shall apply in other respects.

Article 5

- (1) The powers referred to in article 4, paragraph (1), also include the right of arrest and forcible return. Officials of the adjoining State shall, however, not be authorized to arrest, hold in detention or return nationals of the territorial State on the territory of that State. They may, however, forcibly conduct such persons to their own forward frontier clearance post or, in the absence of such a post, to the frontier clearance post of the territorial State for the purpose of preparing a written statement of the circumstances.
- (2) If measures in accordance with paragraph (1) are taken, an official of the territorial State shall be summoned immediately.
- (3) The right of asylum in the territorial State shall not be affected.

Article 6

(1) In the zone the frontier clearance of the State of exit shall in principle be effected before the frontier clearance of the State of entry.

(2) After the frontier clearance of the State of exit has begun, the officials of the State of entry may effect the frontier clearance of the passengers and goods already cleared by the officials of the State of exit; the same shall apply in cases where the officials of the State of exit refrain from frontier clearance operations.

(3) After entry clearance has begun, the officials of the State of exit shall no longer be entitled to perform frontier clearance operations. However, in cases where after entry clearance has begun the suspicion of a punishable act arises or it subsequently becomes known that a wanted person is in the zone, the officials of the State of exit shall be authorized, after prior notification of the officials of the State of entry, to repeat the frontier clearance operations.

Article 7

(1) The officials of the Contracting States may, by mutual agreement, deviate from the sequence laid down in article 6, paragraph (1), when this is in the interests of rapid frontier clearance. In such cases the officials of the State of entry may effect arrests or seizures only after completion of the frontier clearance of the State of exit. They shall, when they desire to effect such a measure, conduct the persons and goods concerned to the officials of the State of exit, in cases where the frontier clearance of the State of exit in respect of these persons and goods is not yet completed. Where the officials of the State of exit wish to effect arrests or seizures on their part, they shall enjoy priority.

(2) Sums of money collected by the officials of the adjoining State in the territorial State during frontier clearance operations or brought into that State for official purposes by them and goods seized or confiscated by them may be transferred to the adjoining State.

Article 8

(1) Goods which are turned back to the adjoining State by the officials of that State in the course of exit clearance or are returned to the adjoining State at the request of the person concerned before the entry clearance of the territorial State has begun shall not be subject to the export regulations or exit clearance of the territorial State.

(2) Persons turned back by the officials of the State of entry may not be refused the right to return to the State of exit. Similarly, where the import of goods is refused by the officials of the State of entry, the right to return the said goods to the State of exit may not be denied.

(3) In applying the measures referred to in paragraph (2), the officials of the Contracting States shall inform and support each other.

SECTION III. OFFICIALS

Article 9

(1) The authorities of the territorial State shall accord to the officials of the adjoining State the same protection and assistance in the performance of their duties in the zone as they accord to their own officials. The provisions of criminal law in

force in the territorial State which are intended for the protection of civil servants and official operations shall also apply to offences committed in the territorial State against officials of the adjoining State during performance of their duties or in connection with those duties.

(2) Claims against the public authorities arising from liability for damage caused by officials of the adjoining State in the zone shall be subject to the law and jurisdiction of the adjoining State in the same manner as if the action causing the damage had taken place in the adjoining State. In the assertion of such claims nationals of the territorial State shall be assimilated to nationals of the adjoining State.

Article 10

(1) Officials of the adjoining State shall be provided with bilingual frontier crossing passes conforming to the model shown in annexes A and B. The said passes shall be issued in the Republic of Austria by the Security Directorate of the Federal Province of Burgenland and in the Republic of Hungary by Police Headquarters, Budapest. The passes may be issued for a period of up to five years and may be extended for the same period.

(2) Upon the recall of its holder the frontier crossing pass shall be withdrawn without delay by the authority which issued it.

(3) The issuing authority shall without delay notify the authority of the adjoining State competent in accordance with paragraph (1) of the issue of frontier crossing passes and of their withdrawal.

(4) The holder of a frontier crossing pass shall be entitled, in the performance of his duties in the territorial State, to cross the State frontier at all frontier crossings jointly designated for public traffic in order to reach his workplace. He may stay without hindrance in the zone, in the public area of railway stations (article 2, paragraph (2)) and in the localities in which the said stations are situated.

(5) Any personal refusals of entry in respect of officials of the adjoining State shall be unaffected by this provision. In such cases the issuing authority of the adjoining State (paragraph (1)) is to be notified thereof without delay.

Article 11

(1) In carrying out their duties in the territorial State and on their way to the zone and back the officials of the adjoining State may wear their uniform and official badge and carry their service weapons and bring with them any necessary service equipment. In the territorial State they may, however, use the weapons only in self-defence.

(2) Offences committed by an official of the adjoining State in the territorial State shall be notified to the authority employing him by the competent authority of the territorial State.

Article 12

Officials of the adjoining State shall be exempt in the territorial State from all personal service and material obligations under public law.

Article 13

(1) Where, in the performance of his duties or in connection with those duties, an official of the adjoining State suffers death or injury in the territorial State or an

article which he is carrying on his person or has with him is damaged or destroyed in the latter State, the law of the adjoining State shall apply to any claims for compensation.

(2) Claims for compensation arising out of the damage may also be made before the court of one of the Contracting States within whose jurisdiction the claimant has his domicile.

(3) Judgements rendered by and settlements arrived at in a court of one of the Contracting States in respect of the claims for compensation referred to in paragraph (1) shall be enforced in the other Contracting State in accordance with the provisions of article 10, paragraph (1), (b) and (c), article 12 and article 14 of the Treaty of 9 April 1965 between the Republic of Austria and the Hungarian People's Republic concerning matters of succession; enforcement shall, however, be refused for the reasons set out in article 10, paragraph (2), of the aforementioned treaty or if the judgement conflicts with a final judgement previously rendered, as between the same Parties and in respect of the same claim, by a court of the Contracting State in which enforcement is sought.

(4) The provisions of paragraphs (1) and (3) shall apply, as appropriate, to claims made in respect of damage caused by an official of the adjoining State during his official stay in the territorial State but not in the performance of his duties.

SECTION IV. FRONTIER CLEARANCE OFFICES

Article 14

(1) The railways shall make available to the officials effecting frontier clearance while the train is in motion the necessary compartments free of charge.

(2) The charges for the use of the facilities required for the officials of the adjoining State in the territorial State shall be agreed under private law.

Article 15

(1) The premises assigned to the frontier clearance offices of the adjoining State shall be designated by official signs or national emblems.

(2) Inscriptions in the premises used by the officials of the adjoining State shall be in German and Hungarian.

Article 16

(1) Articles intended for official use at frontier clearance offices or for the personal use of officials of the adjoining State while they are performing duties in the territorial State shall be exempt from duties and other import or export taxes. The said articles shall not be subject to commercial import or export prohibitions and restrictions. The same shall apply to official or personal vehicles used by the officials in the performance of their duties.

(2) The papers, documentation and data storage media used by the officials of the adjoining State in the performance of their duties in the territorial State together with official communications and the equipment required therefor shall not be liable to search or seizure by officials of the territorial State.

Article 17

Official communications to be addressed by the frontier clearance offices of the adjoining State to other offices in the adjoining State or vice versa may be transmitted by the officials of that State without the intervention of the postal administration or the railway of the territorial State and exempt from charges. Official communications shall be designated with the official stamp of the dispatching office.

Article 18

(1) The territorial State shall permit, free of charge, the installation of such telecommunications facilities as are required for the functioning of the frontier clearance offices of the adjoining State in the territorial State, together with the linking of such installations with the corresponding facilities in the adjoining State. The charges to be paid in respect of the installation and use of the facilities shall be governed by the agreements concluded by the railway administrations. These direct links between the offices of the adjoining State may be used only for official purposes. Such data communications shall be deemed to be internal traffic of the adjoining State.

(2) In other respects, the provisions of the Contracting States relating to the installation, maintenance and operation of telecommunications facilities in their respective territories shall apply.

SECTION V. TRANSIT TRAFFIC

Article 19

The Agreement of 13 September 1980 between the Republic of Austria and the People's Republic of Hungary concerning transit rail traffic through the area of the city of Sopron and vicinity¹ shall not be affected by this Agreement.

SECTION VI. FINAL PROVISIONS

Article 20

Differences of opinion relating to the application of this Agreement shall be settled by the competent authorities of the Contracting States. This shall not preclude the possibility of settling such differences through the diplomatic channel.

Article 21

Upon the entry into force of this Agreement the Agreement of 9 April 1965 between the Republic of Austria and the Hungarian People's Republic concerning passport and customs control, together with the Final Protocol and Annexes thereto, shall cease to have effect.

Article 22

The Government of either Contracting State may, in the interests of national security or by reason of some other compelling public interest, declare the application of the Agreement or of particular provisions thereof to be suspended, with or without specification of a geographical area. The Government of the other Contracting State shall be so informed without delay.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1286, p. 275.

Article 23

(1) This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged at Budapest as soon as possible.

(2) This Agreement shall come into force on the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification.

(3) This Agreement can be denounced at any time in writing through the diplomatic channel; it shall cease to have effect 90 days after such denunciation.

DONE at Vienna, on 5 July 1991, in duplicate in the German and Hungarian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

Dr. ERICH KUSSBACH

For the Republic of Hungary:

Dr. HUNKÁR DÉNES

ANNEX A, [B]¹

Page 5

Page 6

Page 1

<p>This frontier crossing pass is valid until</p> <p>Issuing authority</p> <p>Place and date of issue</p> <p>L.S. Signature of holder</p>	<p>Space for official remarks</p>	<p>REPUBLIC OF AUSTRIA [REPUBLIC OF HUNGARY]</p> <p>State Coat of Arms</p> <p>FRONTIER CROSSING PASS</p> <p>pursuant to Article 10 of the Agreement of 5 July 1991 between the Republic of Austria and the Republic of Hungary concerning frontier clearance in railway traffic</p> <p>No</p>
<p>The period of validity is extended until</p> <p>Issuing authority</p> <p>Place and date of extension</p> <p>L.S. Signature of holder</p>		

Format: six pages, 8 x 12 cm, folded in three
Material: cardboard
Colour: grey

¹ Unless otherwise indicated between brackets and except for the sequence of languages, the text of Annex B is identical to the text of Annex A.

Page 4

Page 3

Page 2

<p>..... Surname</p> <p>..... Given name</p> <p>..... Date and place of birth</p>	<p>Space for photograph</p> <p>L.S.</p> <p>..... Signature of holder</p>	<p>The holder of this pass is entitled, in the performance of his duties in the territorial State, to cross the Austrian-Hungarian State frontier at all frontier crossings jointly designated for public traffic. He may proceed to his workplace or return therefrom and may stay without hindrance in the zone, in the public area of railway stations and in the localities in which the said stations are situated.</p>
---	--	--

The photograph may be covered with a plastic sheet.



[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE HONGRIE RELATIF AU CONTRÔLE FRONTALIER DU TRAFIC FERROVIAIRE

La République d'Autriche et la République de Hongrie, désireuses d'adapter aux nouveaux besoins l'Accord du 9 avril 1965 entre la République d'Autriche et la République populaire hongroise relatif au contrôle des passeports et aux contrôles de douane², et de faciliter le contrôle frontalier du trafic ferroviaire, sont convenues de ce qui suit :

TITRE PREMIER. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article premier

Au sens du présent Accord :

1. L'expression « contrôle frontalier » désigne l'exécution de toutes les prescriptions légales des Etats contractants relatives au franchissement de la frontière par des personnes ainsi qu'à l'importation, à l'exportation et au transit de marchandises;
2. L'expression « Etat territorial » désigne l'Etat contractant sur le territoire duquel l'autre Etat contractant procède au contrôle frontalier;
3. L'expression « Etat limitrophe » désigne l'autre Etat contractant;
4. La « zone » désigne la partie de territoire de l'Etat contractant sur laquelle les agents de l'Etat limitrophe sont habilités à procéder au contrôle frontalier;
5. Les « agents » désignent les personnes qui effectuent le contrôle frontalier sous les ordres des autorités compétentes, ainsi que les personnes chargées de la surveillance du service;
6. Les « marchandises » désignent les marchandises, les moyens de transport ainsi que les valeurs qui sont soumis aux dispositions régissant les devises.

Article 2

- 1) Dans le cadre du présent Accord, les Etats contractants faciliteront et accéléreront le contrôle frontalier du trafic ferroviaire.
- 2) A cet effet seront établis dans certaines gares d'un Etat contractant des postes de contrôle frontalier de l'autre Etat contractant.
- 3) En outre, les organes d'un Etat contractant pourront procéder à cet effet au contrôle frontalier sur le territoire de l'autre Etat contractant dans les trains allant dans les deux directions sur certains parcours de chemin de fer.
- 4) Les Gouvernements des Etats contractants détermineront d'un commun accord :

¹ Entré en vigueur le 1^{er} mai 1992, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Budapest le 12 février 1992, conformément au paragraphe 2 de l'article 23.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 638, p. 53.

a) Dans quelles gares de l'Etat territorial seront établis les postes de contrôle frontalier de l'Etat limitrophe;

b) Sur quels parcours les agents de l'Etat limitrophe pourront procéder au contrôle frontalier dans les moyens de transport pendant le trajet dans l'Etat territorial et

c) Les zones.

Article 3

1) La zone peut comprendre dans les gares (paragraphe 2 de l'article 2) :

a) Les espaces destinés aux postes de contrôle frontalier de l'Etat limitrophe;

b) Les voies dans la totalité du territoire de la gare;

c) Les dépôts; et

d) Les locaux nécessaires au contrôle des voyageurs.

2) Sur les sections de voie ferrée, la zone comprend les trains dans lesquels l'Etat limitrophe effectuera le contrôle frontalier sur le territoire de l'Etat territorial.

3) Les autorités des Etats contractants compétentes en matière de contrôle frontalier et de circulation ferroviaire déterminent dans quels trains de voyageurs le contrôle frontalier sera effectué en cours de trajet.

TITRE II. CONTRÔLE FRONTALIER

Article 4

1) Dans la zone, le contrôle frontalier effectué par l'Etat limitrophe sera régi par la réglementation de cet Etat relative au franchissement de la frontière par les personnes ainsi qu'à l'importation, à l'exportation et au transit de marchandises; cette réglementation sera appliquée par les agents de l'Etat limitrophe dans les mêmes mesures et avec les mêmes conséquences que sur le territoire de l'Etat lui-même.

2) Les actes officiels exécutés dans la zone par les agents de l'Etat limitrophe seront considérés comme exécutés dans la commune de l'Etat limitrophe sur le territoire de laquelle est situé le point de passage pertinent de la frontière.

3) Les infractions commises dans la zone contre la réglementation de l'Etat limitrophe mentionnée au paragraphe 1, seront considérées comme étant commises dans la commune mentionnée au paragraphe 2.

4) Le droit de l'Etat territorial est applicable.

Article 5

1) Les autorisations stipulées au paragraphe 1 de l'article 4 comprennent aussi le droit d'arrestation et de refoulement par la contrainte. Toutefois, les agents de l'Etat limitrophe ne sont pas autorisés à arrêter, détenir ou refouler de force des ressortissants de l'Etat territorial sur le territoire de celui-ci. Ils peuvent cependant amener de force ces personnes à leur propre bureau de contrôle frontalier avancé ou, si un tel bureau n'existe pas, au bureau de contrôle frontalier de l'Etat limitrophe pour l'enregistrement écrit des faits.

2) Lorsque des mesures sont prises conformément au paragraphe 1, un agent de l'Etat territorial doit être convoqué sans délai.

- 3) Le droit d'asile de l'Etat territorial n'est pas modifié.

Article 6

1) Dans la zone, le contrôle frontalier de l'Etat de sortie doit être effectué en principe avant celui de l'Etat d'entrée; il en découle donc qu'il est renoncé au contrôle frontalier de l'Etat de sortie.

2) Après le commencement du contrôle frontalier de l'Etat de sortie, les agents de l'Etat d'entrée peuvent procéder au contrôle frontalier des personnes et des marchandises déjà contrôlées par les agents de l'Etat de sortie; il en va de même dans le cas où les agents de l'Etat de sortie renoncent au contrôle frontalier.

3) Après le commencement du contrôle d'entrée, les agents de l'Etat de sortie ne sont plus autorisés à entreprendre des actes de contrôle frontalier. Si toutefois, après le commencement du contrôle d'entrée, il y a lieu de soupçonner l'existence d'un acte passible d'une sanction pénale ou s'il est connu par la suite qu'une personne recherchée aux fins d'arrestation se trouve dans la zone, les agents de l'Etat de sortie ont le droit de reprendre les actions de contrôle frontalier, après en avoir avisé au préalable les agents de l'Etat d'entrée.

Article 7

1) Les agents des Etats contractants peuvent d'un commun accord modifier l'ordre de succession des formalités prévu au paragraphe 1 de l'article 6, si cela est indiqué dans l'intérêt d'un contrôle frontalier accéléré. En pareil cas, les agents de l'Etat d'entrée ne peuvent procéder à une arrestation ou à des confiscations qu'après la fin du contrôle frontalier de l'Etat de sortie. S'ils veulent prendre une mesure de ce genre, ils amènent les personnes et les marchandises en question aux agents de l'Etat de sortie, si le contrôle frontalier de l'Etat de sortie concernant ces personnes et marchandises n'est pas encore terminé. Si les agents de l'Etat de sortie désirent, pour leur part, procéder à des arrestations ou à des confiscations, ils ont alors la priorité.

2) Les sommes d'argent perçues par les agents de l'Etat limitrophe lors du contrôle frontalier dans l'Etat territorial ou apportées par eux pour les besoins du service, et les marchandises saisies ou introduites peuvent être apportées dans l'Etat limitrophe.

Article 8

1) Les marchandises qui, lors du contrôle de sortie, sont renvoyées par les agents de l'Etat limitrophe dans cet Etat ou qui sont réacheminées dans l'Etat limitrophe, à la demande de l'ayant droit, avant que le contrôle d'entrée dans l'Etat territorial ait commencé, ne sont soumises ni à la réglementation relative à l'exportation ni au contrôle de sortie de l'Etat territorial.

2) Les personnes à qui les agents de l'Etat d'entrée interdisent l'entrée du pays ne doivent pas se voir refuser le retour dans l'Etat de sortie. De même il sera interdit de refuser le retour de marchandises dans l'Etat dont elles proviennent, lorsque les agents de l'Etat d'entrée auront refusé de les y laisser entrer.

3) En ce qui concerne l'exécution des mesures mentionnées au paragraphe 2, les agents des Etats contractants se communiqueront mutuellement des informations et coopéreront les uns avec les autres.

TITRE III. FONCTIONNAIRES

Article 9

1) Les autorités de l'Etat territorial accordent aux agents de l'Etat limitrophe, dans l'exercice de leurs fonctions, la même protection et la même assistance qu'à leurs propres agents. Les actes délictueux commis sur le territoire de l'Etat territorial contre les agents de l'Etat limitrophe dans l'exercice de leurs fonctions ou dans le cadre de celles-ci seront régis par les dispositions de droit pénal relatives à la protection des agents de la fonction publique en vigueur dans l'Etat territorial.

2) Les questions de responsabilité administrative au titre de dommages commis par les agents de l'Etat limitrophe dans la zone, relèveront du droit de l'Etat limitrophe et seront soumises à sa juridiction comme si l'acte ayant causé les dommages avait eu lieu dans l'Etat limitrophe. Dans le cas où de telles réclamations sont présentées, les ressortissants de l'Etat territorial sont assimilés aux ressortissants de l'Etat limitrophe.

Article 10

1) L'Etat territorial accorde aux agents de l'Etat limitrophe, dans l'exercice de leurs fonctions, la même protection et la même assistance qu'à leurs propres agents. Les actes délictueux commis sur le territoire de l'Etat territorial contre les agents de l'Etat limitrophe dans l'exercice de leurs fonctions ou dans le cadre de celles-ci seront régis par les dispositions de droit pénal relatives à la protection des agents de la fonction publique en vigueur dans l'Etat territorial.

2) Après le rappel de leurs titulaires, les laissez-passer devront être rendus aux autorités les ayant délivrés.

3) La délivrance d'un laissez-passer ainsi que son renvoi devront dans les plus brefs délais faire l'objet d'une communication de l'autorité émettrice à l'autorité de l'Etat limitrophe compétent au titre du paragraphe 1.

4) Le titulaire d'un laissez-passer est habilité dans l'exercice de ses fonctions dans l'Etat territorial, à franchir la frontière de l'Etat à tous les points de passage accessibles à la circulation publique, pour se rendre à son lieu de service. Il a toute liberté de séjourner dans la zone ainsi que dans la partie des gares accessible au public (article 2, paragraphe 2) et dans les localités où sont situées ces gares.

5) Dans tous les cas, les interdictions d'entrée personnelle à l'égard d'agents de l'Etat limitrophe ne seront pas affectées par la présente réclamation. En pareil cas, il y aura lieu de mettre au courant sans délai l'autorité émettrice de l'Etat limitrophe (paragraphe 1).

Article 11

1) Les agents de l'Etat limitrophe peuvent, dans l'exercice de leurs fonctions dans l'Etat territorial ainsi que pour se rendre dans la zone et en revenir, porter l'uniforme et des insignes de service, transporter les armes et l'équipement et être accompagnés des chiens de service dont ils ont besoin pour leur service. Ils ne doivent faire usage de leurs armes qu'en cas de légitime défense.

2) L'autorité compétente de l'Etat territorial doit aviser le service dont relève l'agent de l'Etat limitrophe qui aura commis sur le territoire de l'Etat territorial des infractions passibles d'une sanction pénale.

Article 12

Les agents de l'Etat limitrophe sont exempts de toute obligation relative au service national et de toutes prestations en nature sur le territoire de l'Etat territorial.

Article 13

1) Si un agent de l'Etat limitrophe est tué ou blessé au cours de l'exercice de ses fonctions ou dans le cadre de ses fonctions ou si un objet qu'il porte sur lui ou emporte avec lui est endommagé ou détruit sur le territoire de l'Etat territorial, la demande de dommages-intérêts relèvera du droit de l'Etat limitrophe.

2) En ce qui concerne la décision à prendre sur les demandes de dommages-intérêts découlant du dommage subi, le tribunal de l'Etat contractant dans le ressort duquel se trouve la circonscription judiciaire dont relève l'ayant droit est également matériellement compétente.

3) Les décisions judiciaires et les conciliations qui sont rendues ou effectuées par un tribunal d'un des Etats contractants au sujet des demandes de dommages-intérêts visées au paragraphe 1 seront exécutées sur le territoire de l'autre Etat contractant conformément aux dispositions des alinéas *b*, *c* du paragraphe 1 de l'article 10 ainsi que de l'article 12 et de l'article 14 du Traité du 9 avril 1965 entre la République d'Autriche et la République populaire hongroise relatif aux questions de succession; il n'y aura pas lieu toutefois, d'exécuter le jugement, en vertu du paragraphe 2 de l'article 10 dudit contrat, lorsqu'il va à l'encontre d'un jugement exécutoire déjà rendu sur la même affaire, qui mettait en présence les deux mêmes parties, par un tribunal de l'Etat contractant dans lequel serait exécuté le nouveau jugement.

4) Les dispositions des paragraphes 1 et 3 sont applicables aux demandes de dommages-intérêts au titre de dommages qui auront été commis par un agent de l'Etat limitrophe lorsqu'il se trouvait sur le territoire de l'Etat territorial en raison de ses fonctions, mais non cependant au cours de l'exercice effectif de ses fonctions.

TITRE IV. POSTES DE CONTRÔLE FRONTALIER

Article 14

1) Les chemins de fer mettront gratuitement à la disposition des agents qui devront procéder au contrôle frontalier pendant le trajet, les compartiments nécessaires.

2) Les indemnités à verser au titre de l'utilisation des installations nécessaires pour les postes de service de l'Etat limitrophe dans l'Etat territorial seront convenues par les voies de droit privé.

Article 15

1) Les locaux destinés aux postes de contrôle frontalier de l'Etat limitrophe devront être signalés par des panneaux officiels ou des indications de nationalité.

2) Les inscriptions portées sur les locaux de service des agents de l'Etat limitrophe seront rédigées en langue allemande et en langue hongroise.

Article 16

1) Les objets destinés à être utilisés pour les besoins du service par les postes de contrôle frontalier ou pour les besoins des agents de l'Etat limitrophe au cours

de leur service sur le territoire de l'Etat territorial ne seront soumis à aucun droit d'entrée ou de sortie et ne doivent être soumis à aucune autorisation. Il n'y aura pas lieu de fournir des garanties. Les interdictions et les limitations apportées aux importations et aux exportations pour des raisons économiques ne s'appliqueront pas à ces objets. Cette disposition s'applique également aux véhicules de service ou véhicules personnels utilisés par les agents dans l'accomplissement de leurs fonctions.

2) Les pièces, documents et tampons-dateurs ainsi que les articles postaux et l'équipement nécessaire au service utilisés par les agents de l'Etat limitrophe pour l'exercice de leurs fonctions dans l'Etat territorial ne doivent faire l'objet d'aucune perquisition et confiscation de la part des agents de l'Etat territorial.

Article 17

Les articles postaux qui seront expédiés à des fins de service par les postes de contrôle frontalier de l'Etat limitrophe à des postes de service dans l'Etat limitrophe, ou vice versa, peuvent être expédiés par les agents de cet Etat sans intervention de l'Administration des postes ou des chemins de fer de l'Etat territorial et en exemption de taxes. Ces articles postaux devront être revêtus du tampon de service du poste qui les envoie.

Article 18

1) L'Etat territorial autorisera gratuitement la mise en place des installations téléphoniques qui seront nécessaires au fonctionnement des postes frontaliers avancés de l'Etat limitrophe sur le territoire de l'Etat territorial, ainsi que le raccordement de ces installations aux installations de l'Etat limitrophe. Les indemnités à verser au titre de la mise en place et de l'utilisation des installations seront soumises à la réglementation convenue entre les deux administrations des chemins de fer. Ces liaisons directes entre les postes de service de l'Etat limitrophe ne doivent être utilisées qu'à des fins de service. Les transmissions qu'elles permettront seront considérées comme faisant partie des relations intérieures de l'Etat limitrophe.

2) Par ailleurs, la réglementation des Etats contractants relative à la mise en place, à l'entretien et au fonctionnement des installations téléphoniques sera applicable sur le territoire respectif de chaque Etat.

TITRE V. TRAFIC DE TRANSIT

Article 19

L'Accord du 13 septembre 1980 entre la République d'Autriche et la République populaire hongroise concernant le trafic ferroviaire en transit dans la région et aux alentours de la ville de Sopron¹ ne sera pas affecté par le présent Accord.

TITRE VI. DISPOSITIONS FINALES

Article 20

Les divergences de vues relatives à l'application du présent Accord seront réglées par les administrations compétentes des Etats contractants. Ces dispositions n'excluent pas le règlement des différends par la voie diplomatique.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1286, p. 275.

Article 21

L'Accord du 9 avril 1965 entre la République d'Autriche et la République populaire hongroise relatif au contrôle des passeports et aux contrôles de douane (avec Protocole final et annexe) cessera d'être en vigueur le jour de l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 22

Dans l'intérêt de la sécurité nationale ou aux fins de sauvegarder tout autre intérêt public pressant, le Gouvernement de chacun des Etats contractants peut apporter des restrictions à l'application de l'Accord ou de certaines de ses dispositions à titre provisoire ou dans un lieu donné. Le Gouvernement de l'autre Etat contractant doit en être avisé immédiatement.

Article 23

1) Le présent Accord est sujet à ratification. Les instruments de ratification devront être échangés à Budapest dès que possible.

2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois au cours duquel aura eu lieu l'échange des instruments de ratification.

3) Le présent Accord pourra être dénoncé à tout moment par écrit par la voie diplomatique; il cessera de prendre effet quatre-vingt-dix (90) jours après sa dénonciation.

FAIT à Vienne, le 5 juillet 1991, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et hongroise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

ERICH KUSSBACH

Pour la République de Hongrie :

HUNKÁR DÉNES

ANNEXE A, [B]¹

Page 5

Page 6

Page 1

<p>Le présent laissez-passer est valable jusqu'au..... Autorité délivrant le laissez-passer..... Lieu et date.....</p> <p>CACHET Signature</p>	<p>Espace réservé aux visas officiels</p>	<p>RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE [RÉPUBLIQUE DE HONGRIE]</p> <p>Armoiries de l'Etat</p> <p>LAISSEZ-PASSER PERMETTANT DE FRANCHIR LA FRONTIÈRE</p> <p>conformément à l'article 10 de l'Accord entre la République d'Autriche et la République de Hongrie relatif au contrôle frontalier du trafic ferroviaire en date du 5 juillet 1991.</p> <p>N°</p>
<p>Validité prolongée jusqu'au..... Autorité accordant la prolongation..... Lieu et date.....</p> <p>CACHET Signature</p>		

Format : plié en trois, 6 pages de 8 x 12 cm
 Matériau : carton
 Couleur : grise

¹ En l'absence d'indication contraire donnée entre crochets et à l'exception de l'ordre en langues, le texte de l'annexe B est identique à celui de l'annexe A.

Page 2

Page 3

Page 4

<p>..... Nom</p> <p>..... Prénom</p> <p>..... Date et lieu de naissance</p>	<p>Espace réservé à la photographie</p> <p>Cachet</p> <p>..... Signature du titulaire</p>	<p>Le titulaire du présent laissez-passer est autorisé à franchir, dans l'exercice de ses fonctions dans l'Etat territorial, la frontière austro-hongroise à tous les points de passage communs accessibles au public. Il a toute liberté de se rendre à son lieu de service et que dans la partie des gares accessibles au public et dans les localités où sont situées ces gares.</p>
---	---	---

La photographie peut être recouverte d'une feuille.

